

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 10.05.2016**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:02 Uhr bis 19:02 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Ausschussvorsitzender
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frank Sänger	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) (Vertretung für Michael Sprung)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Marcel Dörrer	Sachkundiger Einwohner
Dr. Henrik Helbig	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kautz	Sachkundiger Einwohner
Alexander Keck	Sachkundiger Einwohner
Manfred Sommer	Sachkundiger Einwohner
Bernd Voigtländer	Sachkundiger Einwohner
Frau Anja Waas	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Lars Loebner	Leiter Fachbereich Planen
Christiane Lütgert	Leiterin Team Sanierungsmaßnahmen Altstadt
Rainer Möbius	Leiter Verkehrsplanung
Angelika Foerster	Leiterin Fachbereich Bauen
Wolfgang Piller	Leiter Straßen- und Brückenbau

Gäste

Dr. Dennis Müller	Zoodirektor Bergzoo Halle
-------------------	---------------------------

Entschuldigt fehlten:

Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Henning Lübbers	Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Eigendorf eröffnete die Sitzung. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Feigl bat um Vertagung des TOP

- 4.1. Einrichtung eines „Sozialrathauses" - Grundsatzbeschluss zur räumlichen Bündelung von sozialen Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01429
- 4.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage zur Einrichtung eines „Sozialrathauses“ - Grundsatzbeschluss zur räumlichen Bündelung von sozialen Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) (VI/2015/01429)
Vorlage: VI/2016/01608

bis das Immobilienkonzept vorliegt.

Es lagen keine weiteren Änderungen oder Ergänzungen vor und Herr Eigendorf bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten TO: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 12.04.2016
- 4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Einrichtung eines „Sozialrathauses" - Grundsatzbeschluss zur räumlichen Bündelung von sozialen Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01429 **vertagt**
- 4.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage zur
Einrichtung eines „Sozialrathauses“ - Grundsatzbeschluss zur räumlichen Bündelung von sozialen Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) (VI/2015/01429)
Vorlage: VI/2016/01608 **vertagt**

- 4.2. „Änderung der "Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung (AusglS)"
Vorlage: VI/2016/01695
- 4.3. Bebauungsplan Nr. 172 "Lebensmittelmarkt Akeleistraße" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/01720
- 4.4. Bebauungsplan Nr. 157 "Gewerbebestandsgebiet Deutsche Grube" - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/01723
- 4.5. Bebauungsplan Nr. 157 "Gewerbebestandsgebiet Deutsche Grube" -Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/01724
- 4.6. Baubeschluss – Hochwasserschadensbeseitigung (HW 103) Am Tagebau
Vorlage: VI/2016/01729
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Erreichbarkeit des Zoos mit öffentlichen Verkehrsmitteln
Vorlage: VI/2016/01653
 - 5.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Nahverkehrsplanes
Vorlage: VI/2016/01768
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Quartalsbericht IV/2015 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: VI/2016/01712
 - 7.2. Information zum Entwicklungskonzept Schülershof
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 12.04.2016

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Planungsausschusses vom 12.04.2015.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 **Beschlussvorlagen**

- zu 4.2 „Änderung der "Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im
Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung
(AusglS)"
Vorlage: VI/2016/01695**
-

Herr Möbius führte in das Thema der Beschlussvorlage ein und erklärte die bestehende Notwendigkeit einer Satzungsänderung.

Es gab keine Wortmeldungen.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen mehrheitlich der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die zweite Änderung der Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung (AusglS).

- zu 4.3 Bebauungsplan Nr. 172 "Lebensmittelmarkt Akeleistraße" - Beschluss zur
öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/01720**
-

Herr Loebner beschrieb, dass es sich bei dem ein Einzelhandelsvorhaben in Halle-Neustadt um den Ersatz eines vorhandenen Marktes handelt. Anhand einer Präsentation beschrieb er den derzeitigen Zustand des Objekts und das geplante Vorhaben. Mit der Bauleitplanung wird steuernd eingegriffen und es wurden Verkaufsflächenobergrenzen klar festgelegt, so dass es sich in das Einzelhandels- und Zentrenkonzept einfügt.

Herr Feigl sagte, dass sich die Notwendigkeit, hier einen Bebauungsplan zu erstellen daraus ergibt, dass die Größe des Supermarktes verändert wird. Er fragte, ob es möglich wäre über den B-Plan städtebaulich, architektonisch etwas zu steuern.

Herr Loebner antwortete, dass es schwierig ist mit einem Bebauungsplan Architektur zu bestimmen. Das geht nur über gestalterische Festsetzungen, die in der Bauordnung zu finden sind und da setzt der Landesgesetzgeber enge Schranken. Zur Flächenvergrößerung überlagern sich verschieden Aspekte. Discounter haben ein breiteres und hochwertigeres Angebot als früher und andere Flächenbedarfe durch niedrigere Regalhöhen. Der Standort hat eine Vorprägung. Vor diesem Hintergrund wird mit der Bauleitplanung eine klare Obergrenze gezogen.

Herr Keck sagte, dass die wohnortnahe Versorgung keine Begründung in diesem Gebiet ist. Er bat darum im Rahmen eines Neubaus sich an die bestehenden Vorgaben zu halten.

Herr Loebner wies darauf hin, dass durch dieses Verfahren die rechtlichen Vorgaben geschaffen werden.

Herr Eigendorf ließ die Beschlussvorlage abstimmen und bat zuerst die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen mehrheitlich der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 172 „Lebensmittelmarkt Akeleistraße“ in der Fassung vom 22.02.2016 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 172 „Lebensmittelmarkt Akeleistraße“ in der Fassung vom 22.02.2016 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 4.4 Bebauungsplan Nr. 157 "Gewerbebestandsgebiet Deutsche Grube" -
Abwägungsbeschluss**
Vorlage: VI/2016/01723

Herr Loebner betonte, dass mit diesen zwei Beschlüssen das Ende eines Bebauungsplanverfahrens erreicht ist. Es geht hierbei um die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und um den eigentlichen Satzungsbeschluss.

Herr Feigl fragte, warum die Einwände der IHK Halle-Dessau keine Berücksichtigung fanden.

Herr Loebner sagte, dass das grundsätzliche Thema was die IHK vorbringt richtig ist. Es ist eine ehemalige Gewerbefläche die hier eine Umnutzung in Einzelhandel erfährt. Es ist stadtplanerisch vertretbar. Es gibt weitere Gewerbeflächen, wo auch Erweiterungsmöglichkeiten bestehen. Es ist Einzelhandel- und Zentrenkonform. Das wurde gutachterlich untersetzt.

Herr Loebner erklärte, dass mit dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept die Versorgungsbedürfnisse der Einwohner gesichert werden sollen. Im Einzelhandels- und Zentrenkonzept ist zu lesen, inwieweit Ausnahmen zugelassen werden können.

Es folgten keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Eigendorf ließ den Abwägungsbeschluss abstimmen und bat zuerst die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 157 „Gewerbebestandsgebiet Deutsche Grube“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 4.5 Bebauungsplan Nr. 157 "Gewerbebestandsgebiet Deutsche Grube" -
Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/01724**

Es folgten keine Wortmeldungen.

Herr Eigendorf ließ den Satzungsbeschluss abstimmen und bat zuerst die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 157 „Gewerbebestandsgebiet Deutsche Grube“ gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom Februar 2016 als Satzung.
2. Die Begründung in der vorgelegten Fassung vom Dezember 2016 wird gebilligt.

**zu 4.6 Baubeschluss – Hochwasserschadensbeseitigung (HW 103) Am Tagebau
Vorlage: VI/2016/01729**

Herr Piller beschrieb die Lage und den entstandenen Hochwasserschaden. Er sagte, dass ein Straßenteil grundhaft saniert wird. Die zweispurige Straße bleibt erhalten. Der Geh- und Radweg von der Regensburger Straße bis zum Osendorfer See bleibt ebenfalls erhalten. Der Baumbestand bleibt zum größten Teil erhalten.

Herr Voigtländer las, dass der Schaden an der Straße durch Erhöhung des Feinkornanteil aufgrund des durchströmenden Wassers entstanden ist. Es erfolgt nur in den oberen Bereichen eine Erneuerung der Decke. Er fragte, ob es anzunehmen ist, dass die Feinkornanreicherung bei einem nächsten Hochwasser weiter erfolgt, oder dass sich der Zustand verschlechtern könnte. Die Frosteindringtiefe geht in den Bereich wo die Feinkornanreicherung erfolgte. In diesem Bereich wird keine Veränderung vorgenommen. Er bat um eine Erläuterung.

Herr Piller erklärte, dass die Grundlage der Planung ein Baugrundgutachten ist und davon auszugehen ist, dass die Planung entsprechend der fachlichen Kriterien erfolgte.

Herr Voigtländer bat um Einsicht in das Baugrundgutachten.

Herr Piller bat Herrn Voigtländer, hierzu Kontakt mit ihm aufzunehmen.

Herr Dr. Helbig fragte, ob durch die Baumaßnahme die Straße gegen Hochwasser besser geschützt ist.

Herr Piller bestätigte es aus baufachlicher Sicht.

Herr Feigl fragte zur Instandsetzung der Geh- und Radwege, ob an dieser Stelle eine Verbesserung möglich wäre.

Herr Piller antwortete, dass der Geh- und Radwege keine Hochwasserschäden hatte. Es werden nur Anpassungen durchgeführt.

Herr Sommer fragte nach der Darstellung des Radwegs in den Plänen.

Herr Piller antwortete, dass der Radweg nicht Inhalt der Maßnahme ist.

Herr Schied fragte, ob die Straße nach der Sanierung hochwassersicherer sein wird und bei einem vergleichbaren Ereignis nicht beschädigt wird.

Herr Piller sagte, dass dies nicht vorhersehbar ist.
Es folgten keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Eigendorf ließ die Beschlussvorlage abstimmen und bat zuerst die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Am Tagebau entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Erreichbarkeit des Zoos mit öffentlichen Verkehrsmitteln Vorlage: VI/2016/01653

Herr Feigl brachte den Antrag ein. Er wies darauf hin, dass es nötig ist, sich zu einem frühen Zeitpunkt über Planungsfragen zu unterhalten. Außerdem äußerte er finanzielle Bedenken bei der Betreibung des Parkhauses und betonte, dass ein umweltorientiertes Handeln nötig ist.

Herr Eigendorf beantragte das Rederecht für Herrn Dr. Müller als Direktor des Bergzoos Halle.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Sängler wies darauf hin, dass der Antrag nicht im Interesse der Attraktivitätssteigerung des Zoos liegt.

Herr Dr. Müller sagte zur Auslastung, dass an 36 Tagen im Jahr 2015 eine komplette Kapazitätserschöpfung bestand. Die Situation wird sich aufgrund von Besucherzahlen und zukünftig wegfallenden Parkplätzen in der Umgebung verschärfen.

Im bestehenden Parkhaus gibt es ein strukturelles Problem. Die Preisstruktur im Parkhaus wurde geändert. Es wurde festgestellt, dass die Erwartungen aus diesen Maßnahmen überkompensiert werden. Es sollen die öffentlichen Verkehrsmittel weiter gefördert werden. Hierzu werden verschiedene Varianten geprüft. Die Strukturen für die Umsetzungen fehlen im Moment.

Herr Dr. Fikentscher bat um EinzelpunktAbstimmung.

Herr Dr. Helbig fragte, wo die Besucher parken, wenn das bestehende Parkhaus ausgelastet ist.

Herr Dr. Müller antwortete, dass in diesem Fall ein Rückstau entsteht bis zum Reileck und auf der Zufahrt zur B100. Die Parkmöglichkeiten in den Wohngebieten werden stark ausgeschöpft.

Herr Dr. Helbig fragte, ob das geplante Parkhaus im Überschwemmungsgebiet liegt.

Herr Möbius sagte, dass er sich informieren wird.

Herr Dr. Helbig wies auf die Nachteile hin welche durch die Verkehrserhöhung in diesem Gebiet entstehen.

Herr Schied sagte, dass aus seiner Betrachtung kein großes zusätzliches Verkehrsaufkommen geschaffen wird, sondern die Gäste gezielt in das Parkhaus fahren.

Herr Sommer fragte zur baulichen Planung, wie viel Etagen das Parkhaus haben wird.

Frau Waas sagte, dass aus ihrer Sicht die Attraktivität des Nebeneingangs erhöht wird und über die Gestaltung könnte später diskutiert werden.

Herr Dr. Müller versicherte, dass sämtliche Aspekte des Emissionsschutzes geprüft werden und Lärm- und Geruchsbelästigungen im Bereich der gesetzlichen Regelung bleiben. Bei der Konstruktion zum Design des Parkhauses liegen verschiedene Entwürfe vor. Bei der Zuwegung zum jetzigen Parkhaus könnte man den Verkehr der durch die ungünstige Zufahrt entsteht abschwächen.

Herr Peinhardt fragte, ob das geplante Parkhaus durch eine städtische Tochter errichtet werden soll und darüber im Gestaltungsbeirat diskutiert wird.

Herr Dr. Müller antwortete, dass dies ein Abstimmungsprozess ist.

Herr Feigl fragte die Verwaltung, wie es baurechtlich zu bewerten ist. Besteht die Möglichkeit ein **dreietagiges** Parkhaus zu errichten?

Frau Foerster sagte, dass sie das so nicht beantworten kann, da ihr keine Anfragen oder Unterlagen vorliegen.

Es folgten keine weiteren Nachfragen.

Herr Eigendorf bat um Abstimmung des Antrags.

Einzelpunkt Abstimmung

1. Die Verwaltung prüft gemeinsam mit der Zoo Halle GmbH und der HAVAG die Einführung eines Kombitickets (ÖPNV- plus Zooticket) vergleichbar mit dem Angebot der Stadt Leipzig.

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträte: einstimmig zugestimmt

2. Der Stadtrat spricht sich gegen die Errichtung eines Parkhauses auf dem Gelände des Parkplatzes in der Emil-Eichhorn-Straße aus.

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis Stadträte: mehrheitlich abgelehnt

3. Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister an, im Aufsichtsrat des Zoos gegen die weitere Verfolgung des Parkhausprojektes zu stimmen.

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis Stadträte: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung prüft gemeinsam mit der Zoo Halle GmbH und der HAVAG die Einführung eines Kombitickets (ÖPNV- plus Zooticket) vergleichbar mit dem Angebot der Stadt Leipzig.
2. Der Stadtrat spricht sich gegen die Errichtung eines Parkhauses auf dem Gelände des Parkplatzes in der Emil-Eichhorn-Straße aus.
3. Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister an, im Aufsichtsrat des Zoos gegen die weitere Verfolgung des Parkhausprojektes zu stimmen.

zu 5.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Nahverkehrsplanes
Vorlage: VI/2016/01768

Herr Feigl erklärte, dass die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes demnächst ansteht. Mit der gewünschten Aussage des Antrags, erhält der Stadtrat Erkenntnisse mit mehreren Varianten um die Diskussion fachgerecht zu führen und die Planung des Nahverkehrsplans zukunftsorientiert politisch zu entscheiden.

Herr Loebner informierte, dass eine Studie der HAVAG zur Weiterentwicklung des Nahverkehrsangebotes in Arbeit ist, welche zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans führen soll. Er schlug vor die Zahlenvorgaben ergebnisoffener zu gestalten.

Herr Schied fragte, wie man auf die vorgegebenen Zahlen der Zuschüsse kommt.

Herr Peinhardt fragte, was die Verwaltung konkret im Umgang mit dem Antrag empfehlen würde.

Herr Feigl erklärte, dass die Prozentzahlen frei ausgewählt wurden um einen Anhaltspunkt zu haben. Es geht darum den Antrag ergebnisoffen zu gestalten. Er wies darauf hin, dass die geforderten Szenarien im Vorfeld der Diskussion zum Nahverkehrsplan erfolgen sollen um eine gute Diskussionsgrundlage zu erhalten.

Herr Feigl schlug vor die Prozentzahlen textlich in drei Szenarien umzuschreiben.

Herr Dr. Fikentscher stimmte der Änderung zu und schlug eine textliche Änderung in „mit einem gleichbleibenden sowie unterschiedlich erhöhten städtischen Zuschüssen,“ vor.

Herr Feigl übernahm die vorgeschlagene Änderung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) in den Beschlusstext.

Es folgten keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Eigendorf** bat um das Votum der sachkundigen Einwohner.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: zugestimmt nach Änderungen

Beschlussvorschlag:

Im Rahmen der Erarbeitung der nächsten Aktualisierung des Nahverkehrsplans der Stadt werden mindestens 3 Szenarien (~~+/-0, +15%, +30% städtischer Zuschuss~~) **mit einem gleichbleibenden sowie unterschiedlich erhöhten städtischen Zuschüssen** zur Weiterentwicklung des ÖPNV in Halle untersucht. Dabei sollen unterschiedliche Leistungsbeschreibungen mit Schätzungen der Kosten und Zuschüsse entwickelt und danach in einem Beteiligungsverfahren mit Bürgerschaft und Politik diskutiert werden.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es gab keine schriftlichen Anfragen der Fraktionen und Stadträte.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Quartalsbericht IV/2015 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG Vorlage: VI/2016/01712

Es folgten keine Wortmeldungen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Information zum Entwicklungskonzept Schülershof

Die Präsentation ist in „Session“ hinterlegt.

Frau Lütgert beschrieb das Entwicklungskonzept Schülershof mit Hilfe einer Präsentation, indem sie die Nutzungsanforderungen und die Möglichkeiten des Stadtraumes sowie die Ergebnisse der Bürgerbeteiligungen beschrieb.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Information zum ISEK (Einführung)

Die Präsentation ist in „Session“ hinterlegt.

Herr Loebner stellte das Integriertes Stadtentwicklungskonzept in einer Einführung anhand einer Präsentation vor. Die Fragen für die inhaltlichen Themen können im nächsten Planungsausschuss gezielt beantwortet werden.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Anfrage Herr Feigl zum Schülershof

Herr Feigl fragte, ob die Parkplatzflächen städtisches Eigentum sind und ob von der HWG und anderen Beteiligten perspektivisch eine Verdichtung angedacht ist.

Frau Lütgert antwortete, dass sich die Flächen im städtischen Eigentum befinden. Sie berichtete von einer Diskussion mit Vertretern der Moritzkirche und anderen Beteiligten zur Verdichtung der Fläche. Es wurde als Vision und für die nächsten 20-30 Jahre als nicht realisierbar eingeschätzt. Die Bewohner und die Gewerbetreibenden wünschen sich die Stellplätze.

zu 8.2 Anfrage Herr Dr. Helbig zum Steintor

Herr Dr. Helbig fragte, ob die Bordsteinkante in der Einmündung Franzosenweg/Steintor so geplant wurde.

Herr Möbius antwortete, dass das Problem bekannt ist und eine Lösung gesucht wird.

zu 8.3 Anfrage Herr Sommer zu Ammendorf

Herr Sommer fragte, ob es zur Wegnahme der Haltestelle in Ammendorf Termine gibt für die weitere Abstimmung mit den Bürgern.

Herr Loebner antwortete, dass es ein Teil des Stadtbahnprogrammes ist und lediglich Varianten dargestellt wurden. Im Juni wird es Bürgerbeteiligungsformate zur Merseburger Straße Mitte geben und im August/September über den südlichen Abschnitt.

zu 8.4 Anfrage Herr Feigl zur Umleitung am Steintor

Herr Feigl fragte zur Umleitungsstrecke Lessingstraße für die Baustelle am Steintor, ob das Problem bekannt ist, dass es sehr eng ist und zu Unfällen geführt hat. Er fragte, ob es eine Möglichkeit gibt diese Situation zu entschärfen.

Herr Loebner sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Eigendorf beendete den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten.

Herr Eigendorf
Ausschussvorsitzender

Kirsten Sommer
stellv. Protokollführerin